



# Central-Organ der DEUTSCHEN BRAUER

Offizielles Organ des Central-Verbandes Deutscher Brauer.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1.50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal.  
Zusätze die fünfschaltene Petizelle 20 Pfg. — Redaktion: Richard Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23.  
Sämtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23. Postzeitungsliste: Nr. 1526 a.

Nr. 50. Hannover, den 10. Dezember 1892. 2. Jahrgang.

## An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in den Nummern 42, 43 und 44 dieses Blattes eine Serie von Artikeln, in denen wir an der Hand zahlreicher Arbeitsordnungen den Nachweis erbrachten, daß entgegen dem Geschwätz der Unternehmer und in deren Diensten stehende Preßkaleben von einer Harmonie zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber heute nicht mehr die Rede sein könne. Wir wiesen ferner darauf hin, daß die Unternehmer durch die Arbeitsordnungen, und zwar wider besseres Wissen den im Brauereigewerbe thätigen Arbeitnehmern den ungewandigen Beweis dafür geben, daß die Arbeitgeber keinen Unterschied kennen zwischen Brauer und Arbeiter und daß das Geschwätz von Standesehre und Standesbewußtsein eitel Lug und Trug sei, darauf berechnet, ein gemeinsames Handeln der Brauer mit den Arbeitern zu verhindern, zur größeren Ehre des Unternehmertums. Daß wir bei unserer Kritik den Nagel auf den Kopf getroffen haben, beweist das Geheul des Unternehmerorgans, der „Deutschen Brau-Industrie“. Auf den Inhalt unserer Artikel näher einzugehen, hütet sie sich wohlweislich, sie magt es nicht einmal zu behaupten, daß wir Unrecht haben. Doch damit wir bei der Wahrheit bleiben! In diesem Blatte war ja die Behauptung aufgestellt worden, daß wir die guten Unternehmer, die ein Herz für ihre Arbeiter haben, wider besseres Wissen verläumdete hätten, welche dumme Behauptung unserer bereits nentlich widerlegt worden ist. Weil sie nun wegen des Inhalts der Artikel, die allerdings für die Unternehmer recht unangenehme Wahrheiten enthalten, uns nichts am Zeuge flicken kann, deshalb beschäftigt sie sich in ihrer Nr. vom 24. November mit der Form der Artikel. Sene, wie sämtliche Artikel unserer Zeitung sollen, wie sie behauptet, „einzig und allein den Zweck haben, Zwietracht und Unfrieden zu säen, Unheil zu stiften, Gift und Galle hineinzutragen in das Brauereigewerbe“; sie sollen „gleichzeitig in einer so brutalen, so rohen anarchischen angehauchten Form verfaßt sein, daß von einem journalistischen Anstand unserer Zeitung überhaupt keine Rede sein könne“.

Aus welchen Thatsachen schließt denn der Artikel-schreiber der „Deutschen Brau-Industrie“, der sich das schöne Pseudonym: „Veritas“ (Wahrheit) beigelegt hat, daß wir Zwietracht und Unfrieden säen, Unheil stiften, Gift und Galle in das Brauereigewerbe hineintragen wollen? Haben wir nicht stets und an allen Orten unsere Kollegen aufgefordert, einig zu sein und unter Hintansetzung der persönlichen Ansichten für ihre gemeinsamen Interessen zu kämpfen? Wir haben nicht nur nicht zwischen den Arbeitnehmern Unfrieden gesät und Unheil gestiftet, auch hat es uns fern gelegen Gift und Galle in das Brauereigewerbe hineinzutragen, durch unlaute Mittel das „gute Einvernehmen“ zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu stören. Der Zweck unserer Artikel war und ist und wird sein, unsere Kollegen über ihre wirtschaftliche Lage aufzuklären und ihnen den Weg zu zeigen, wie sie ihre Lage verbessern können. Wir haben also unsere Kollegen darüber aufzuklären und den Nachweis zu erbringen, daß die Interessen der Arbeitgeber den Interessen der Arbeitnehmer schmerzhaft widerlaufen. Ferner ist es unsere Aufgabe, alle vorhandenen Schäden und Mängel — und deren giebt es nicht wenig — in den Brauereien aufzudecken und energisch deren Beseitigung zu fordern. Wenn aber durch wahrheitsgetreue

Schilderung der Verhältnisse, Zwietracht und Unfrieden gesät wird, zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wer anders trägt denn die Schuld daran als die Unternehmer, in deren Hand es liegt, alle vorhandenen Unzuträglichkeiten und damit die Ursache der Zwietracht und des Unfriedens zu beseitigen, die Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, daß kein Kollege Ursache zur Klage hätte? Wenn die Unternehmer nicht den Anlaß dazu geben würden, dann würde es uns, und wenn wir selbst die Absicht dazu hätten, nicht gelingen, Unfrieden zu erregen. Wenn die Herren Unternehmer den Kollegen einen Lohn zahlten, von dem sie als Menschen leben könnten, sie als Menschen, und zwar als gleichberechtigte Menschen behandelten und ihnen die Arbeit, soweit es technisch möglich, erleichterten und verkürzten, dann würden wir schwerlich etwas schreiben können, was Zwietracht und Unfrieden erregen könnte. Da aber die Unternehmer das Gegenteil von dem thun, so brauchen wir nur das Gebahren derselben an die Öffentlichkeit zu ziehen und die Folge davon ist, daß die Kollegen über das Unrecht, das ihnen geschieht, sich empören und den heuchlerischen Worten der Unternehmer und deren Söldlinge keinen Glauben mehr schenken.

Gleichzeitig sollen unsere Artikel in einer so brutalen, so rohen anarchischen angehauchten Form verfaßt sein, daß von einem journalistischen Anstand unserer Zeitung nicht die Rede sein könne. Gemach, Herr „Veritas“. Worin besteht denn die brutale, roh anarchische angehauchte Form? Etwas darin, daß wir ungeschminkt die Wahrheit sagen, ohne dabei Rücksicht auf die Unternehmer nehmen? Daß wir uns erdreisten, das Kind beim rechten Namen zu nennen, daß wir rücksichtslos dem heuchlerischen Unternehmertum die arbeiterfreundliche Maske vom Gesicht herunterreißen und dann ihre profitungrige Gestalt den Arbeitern zeigen? Oder besteht die brutale, roh anarchische angehauchte Form darin, daß wir uns in einer entschlossenen, männlichen Sprache an unsere Kollegen wenden, sie auffordern, immer wieder von Neuem ihre gerechten Forderungen geltend zu machen, nicht zu ermatten und nicht zu erlahmen, bis ihnen ihr volles Recht zu Theil geworden?

Daß die von uns gewählte Form den Unternehmern nicht in den Kram paßt, wollen wir gern glauben. Sie sähen es ja lieber, wenn wir, wie es einer deutschen Fundenatur geziemt, die Herren Unternehmer, welche dem Arbeiter gegenüber sich herrisch und rücksichtslos benehmen, mit Glacehandschuhen anfassen und sie unterhänigst bitten würden, ihre Arbeiter doch etwas menschlicher zu behandeln und ihnen das zutommen zu lassen, was ihnen für ihre anstrengende Arbeit an Lohn gebührt; wenn wir ferner die Kollegen auffordern würden, in Sanftmuth und Geduld alles Ungemach ruhig über sich ergehen zu lassen, zur größeren Ehre der Herren von Kapitals Gnaden; daß sie nichts zu fordern, sondern nur zu bitten hätten und dem Arbeitgeber zu ewiger Dankbarkeit verpflichtet wären dafür, daß er gerührt habe, ihnen in seinen geheiligten Hallen Arbeit und Lohn zu gewähren. Ja, dann würde man uns nicht den Vorwurf machen, daß wir Zwietracht und Unfrieden säen, Unheil stiften, Gift und Galle hineintragen in das Brauereigewerbe. Dann würden sogar die Unternehmer und deren Goldschreiber uns für journalistisch anständig halten. — Der erhobene Vorwurf läßt uns aber kalt. Zum Tausel mit einem solchen falschen Anstand! Wir haben die Interessen der Arbeitnehmer in den Brauereien zu vertreten und nicht die Interessen der Unternehmer.

Solches werden wir vor wie nach thun, unbekümmert darum, ob es den Arbeitgebern angenehm oder unangenehm ist.

Freilich, wer im Solde der Unternehmer schreibt, der darf sich einer solchen freien Sprache nicht bedienen, wenigstens dem Arbeitgeber gegenüber; wenn es sich dagegen um Arbeiter oder deren Preßzeugnisse handelt, wird eine andere Tonart angeschlagen, da ist man in der Wahl der Worte und der Form nicht wählerisch. Eine solche Schreibweise aber ist feig, gemein und erbärmlich zugleich.

Daß die kapitalistische Presse, wenn es gilt, den gemeinamen Feind, die nach ihrer wirtschaftlichen Befreiung strebende Arbeiterklasse, zu bekämpfen, vor keinem Mittel zurückschreckt, wie durch die käufliche und gekaufte Presse der Kapitalisten das Volk belogen und betrogen wird, das hat ein Geistlicher, Pastor Schall in Bahrdorf, in einer von ihm jüngst herausgegebenen umfangreichen Schrift erkannt. Nach ihm wird der Arbeiterklasse, wenn und wo sie ihre Stimme in der Presse erheben will, der Zugang nicht gestattet, oder wo sie ihn sich dennoch irgendwo mit schweren Opfern erkämpft habe, da sucht man sie zu tödten mit Still-schweigen, oder wo das nicht möglich, durch Entstellung oder gar durch Verleumdung der schlimmsten Art. Die Verleumdung ist also nicht nur dem „Veritas“ der „Deutschen Brau-Industrie“, sondern der gesamten kapitalistischen Presse eigen.

Das „Central-Organ der deutschen Brauer“ ist in's Leben gerufen, um die Interessen der Brauereiarbeiter zu vertreten und letzteren Gelegenheit zu geben, mit ihren Beschwerden und Wünschen an die Öffentlichkeit zu treten, ohne befürchten zu müssen, daß sie auf das Straßenspaster geworfen werden. Die Sprache in unserem Blatte ist die Sprache der Unterdrückten und wirtschaftlich geknechteten. Mag sie dem „Veritas“ roh erscheinen, so ist sie denn doch noch nicht „gemein“ und erbärmlich. In wie weit von einem journalistischen Anstand bei den Organen der Unternehmer die Rede sein kann, dafür wollen wir hier zwei Beispiele anführen, und zwar aus der „Allgem. Brauer- und Hopfen-Zeitung“. Mit welchem „journalistischen Anstand“ die „Deutsche Brau-Industrie“ redigirt wird, davon haben unsere Leser bereits in einer unserer letzten Nummern eine Probe gehabt.

In der „Allgem. Brauer- und Hopfen-Ztg.“ Nr. 140 vom 23. November ist folgende Notiz aus Fürth enthalten:

„Kirchlich wurde berichtet, daß die hiesigen Sozialisten unter dem Namen der sogenannten Gewerkschaftsvorstände (siehe Streik-veranstalter) von der hiesigen Brauerei Goora und Mayer nach der Entlassung mehrerer Arbeiter verlangten, daß die Entlassenen entweder wieder angenommen oder bis zur Erlangung einer anderen Stellung ihren Lohn erhalten sollten, widrigenfalls ein Bonus in Aussicht gestellt wurde. Welche Freiheit diese Auf-forderung enthielt, und wie überhaupt mit solchen Leuten nie eine Verständigung zu erzielen ist, geht daraus hervor, daß die betreffenden Brauereihilfen entlassen wurden, weil sie böswilliger Weise gutes (?) Bier in den Ableitungskanal hatten austauschen lassen. (Diese gemeine Verleumdung ist von dem eingeleiteten Schiedsgericht, das zur Hälfte aus Arbeitnehmern, zur Hälfte aus Arbeitgeber besteht, bereits widerlegt. D. Red.) Man hatte längst einen solchen Verdacht: endlich ertappte der Brauereimeister die niederträchtigen Torschen auf frecher That und entließ sie sofort! Und da kommt ein Paß feivoller Gesellen und verlangt die Wiederaufnahme solcher straf-würdiger Verbrecher! Um diesen frechen Anmaßungen einen Riegel vorzuschieben, hat der Verband der vereinigten Brauereien von Nürnberg, Fürth und Umgebung beschlossen, vereinigt vorzu-gehen, falls von sozialdemokratischer Seite irgend etwas gegen die obige einzelne Brauerei unternommen werden sollte.“

Was sagt „Veritas“ zu diesem Erguß kapitalistischer Anmaßung, Kapitalstij en Hochmuths? Wer erzeugt hier Zwietracht und Unfrieden, bringt Gift und Galle hinein in das Brauereigewerbe? Auf welcher Seite kann von einem journalistischen Stande keine Rede sein? Ist eine solche Sprache brutal, roh anarchisch angehaucht, oder ist sie, gemein, aufreizend, empörend? Freilich die Gewerkschaftsvorkämpfer sind Arbeiter, würden die Vorstände der Brauereiverbände gegen die Arbeiter vorgehen, wie dies in Hamburg und jetzt auch in Jülich der Fall ist, wird nicht überzeugt, sie würden nicht als Streikveranstalter, als „ein Pack frivoler Gesellen“ bezeichnet werden. Ist es nicht „ein Pack frivoler Gesellen“ bezeichnet werden, die davon überzeugt waren, daß ihre Kollegen ohne genügenden Grund entlassen wurden und daher deren Wiedereinstellung fordern, als „ein Pack frivoler Gesellen“ und ihre Forderung als eine „fische Anmaßung“ zu bezeichnen? Ist das journalistisch anständig? Wir bitten um Antwort, Herr „Veritas“ (Wahrheit).

In der folgenden Nummer 141 ward derselben Zeitung aus Magdeburg geschrieben:

„Wie frech v n den Sozialdemokraten zur Zeit voranzugangen, die gesetzliche Ordnung mit Füßen getreten, der durch die Gesetz gewährleistete Gewerbebetrieb gestört und geschädigt wird, jetzt folgende Geschichte, die sich in den letzten Tagen ange- tragen hat.“

Es wird dann mitgetheilt, wie die Arbeiter, nachdem ein Wirth ihnen seinen Saal verweigert, ihre Versammlung in einem anderen Lokale abhielten und dort beschloffen, den schon bestehenden Boykott über das Konzert- haus, auch über jenes Lokal, sowie über die neue städtische Mlica-Brauerei und auch gleichzeitig über alle jene Per- sönlichkeiten zu verhängen, welche nach den Boykottierten Lokalen Waaren lieferten oder dort verkauften. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Die Mittheilung schließt dann, wie folgt:

„Da darf man wohl fragen: wo bleibt da der Landfrieden? Werden solche öffentliche Aufforderungen zu Schädigungen des Gewerbebetriebes noch länger ungestraft bleiben? Werden die Herren Staatsanwälte noch weiter zusehen, wie friedliche Gewerbe durch rohe Unruhestifter, durch gewerbsmäßige Störenfriede und Unzufriedenheitsapostel geschädigt werden?“

Wo bleibt da der journalistische Anstand? wo das journalistische Gerechtigkeitsgefühl? Greift sich das eble Unternehmensorgan auch und bedient es sich solcher Ausdrücke, wenn die den Arbeitern gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit von den Unternehmern mit Füßen getreten wird? (Hamburg). Können sie nach den Staatsanwälten, wenn die Unternehmer „schwarze Listen“ anfertigen, wenn fried- liebende Arbeiter von profitstüchtigen Unternehmern grundlos auf die Straße geworfen, dem Elend preisgegeben werden, um die ihnen so verhasste, gesetzlich gewährleistete Or- ganisation der Arbeitnehmer zu sprengen? Spricht es auch in diesem Falle, von „rohen Unruhestiftern“, „gewerbs- mäßigen Störenfriedern“ und „Unzufriedenheitsaposteln“?

Und einer solchen Tonart gegenüber sollten wir uns nicht passiv, schweigend verhalten? Der Herr „Veritas“ möge zunächst vor der eignen Thür Anstößig- heiten, seine Worte waren an die falsche Adresse ge- richtet.

Dieser eble Verfasser journalistischen Anstandes glaubt „auf eine recht nette sozialdemokratische Frucht: „Die Ber- liner Genossenschaftsbäckerei“, uns aufmerksam machen zu müssen und erklärt sich bereit, einen zweiten Gang folgen zu lassen. Er bedient sich hierbei anderer Wahlwörter: „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen“. Er ver- öffentlicht dann einen, den Berliner Blättern entnommenen Bericht über eine Versammlung, zu welcher nur Interessenten der Genossenschaftsbäckerei eingeladen waren, und in welcher mehrere Fragen über die Geschäftsleitung laut geworden sind. Was an den dort aufgestellten Behauptungen wahr ist, können wir nicht untersuchen. Aber selbst wenn die er- hobenen Beschuldigungen wahr wären, in welchem Zu-

sammenhange steht denn unser Organ mit der Genossen- schaftsbäckerei? Sind wir an den dort vorhandenen Diffe- renzen Schuld, oder können wir in irgend einer Beziehung einen Einfluß auf die Geschäftsleitung ausüben, die gegen ihre Arbeiter kapitalistisch verfahren und es bei der Her- stellung des Produktes nur auf den Profit abgesehen haben soll, während die Qualität darunter litt? Ganz dasselbe was in der Berliner Genossenschaftsbäckerei geschehen sein soll, geschieht fast täglich in den Brauereien Deutschlands, nicht doch selbst die „Deutsche Brau-Industrie“ in einer ihrer letzten Nummern zu, daß die größeren Brauereien oft zu Mitteln greifen, die man im gewöhnlichen Leben als „Bierpantofferei“ bezeichnet. — Auch hier rathen wir dem Herrn „Veritas“ zunächst vor der eignen Thür zu stehen. —

### Die Stellung der deutschen Gewerk- schaften zu den Beschlüssen des Halberstädter Kongresses.

(Aus dem „Sozialpolitischen Zentralblatt.“)

Nach den Entscheidungen, die bis jetzt von den Kon- gressen getroffen worden sind, steht zu erwarten, daß jeden- falls allgemein Kartellverträge abgeschlossen werden. Die Generalversammlung der Buchdrucker (17000 Mitglieder) beschloß, daß mit den Organisationen im graphischen Ge- werbe ein Kartelltag abzuschließen ist, der mit dem 1. April 1893 in Kraft zu treten hat. Die Bestimmungen in diesem Verträge sind im Wesentlichen die, welche aus dem Entwurf der Generalkommission kurz wiedergegeben sind. Die Bildhauer (3000 Mitglieder) beschloffen auf der Generalversammlung, gegenüber dem Abschluß von Kartell- verträgen bis zum Holzarbeiterkongress eine abwartende Stellung einzunehmen. Die Hutmacher (3000 Mitglieder), Brauer (3000 Mitglieder), Posamentierer (530 Mitglieder), Weißgerber (1700 Mitglieder) und Schiffszimmerer (1200 Mitglieder) beschloffen auf den Generalversammlungen Kar- telle in den einzelnen Berufsgruppen zu schaffen. Die Weißgerber änderten ihr bisheriges Fachorgan zu einem solchen der Lederindustrie um, doch wurde gleichzeitig be- schlossen, dieses Blatt nur so lange erscheinen zu lassen, bis ein gemeinsames Organ für die Bekleidungs- und Lederindustrie geschaffen sein wird. Die Maurer (13000 Mitglieder) beauftragten auf dem Verbandstage den Vor- stand der Organisation, bei passender Gelegenheit mit ver- wandten Berufsorganisationen Kartellverträge abzuschließen. Die Fabrik- und gewerblichen Hülsarbeiter (2000 Mit- glieder) erklärten auf der Generalversammlung, daß ein Ab- schluß von Kartellverträgen für ihre Organisation nicht möglich sei, weil dieses mit allen anderen Berufsorgani- sationen erfolgen müßte, da in allen Berufen Hülsarbeiter beschäftigt werden. Im Uebrigen sollte jedoch an den Be- schlüssen des Gewerkschaftskongresses festgehalten werden, auch die Generalversammlung des Unterstützungsvereins der Tabakarbeiter (16000 Mitglieder) beschloß, daß die Beschlüsse der von der Generalkommission einberufenen Gewerks- chaftskongresse für die Organisation bindend sein sollten. Die sämtlichen genannten Organisationen beschloffen ferner, die Beiträge für die Generalkommission (pro Mit- glied und Quartal 5 Pf.) aus den Verbandskassen zu zahlen. Nach der Stellungnahme der Vorstände der Or- ganisationen, die noch keine Generalversammlung gehabt haben, sowie aus den Mittheilungen in den resp. Fach- organen kann mit Sicherheit vorausgesetzt werden, daß auch dort die Beschlüsse in gleichem oder ähnlichem Sinne ge- faßt werden. So ist einerseits sicher, daß eine feste Ver- bindung der einzelnen Berufsorganisationen erfolgen wird, andererseits ist aber auch der Bestand der Generalkommission gesichert. Der letzteren bleibt die Aufgabe, statistische Auf-

zeichnungen, besonders über die Entwicklung der einzelnen Organisationen, zu machen, Agitation zur Ausbreitung der Gewerkschaftsorganisation zu treiben und die Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen, sowie mit dem Aus- lande zu unterhalten. Wenn hier auch noch nicht das ge- leistet worden ist, was wohl wünschenswert wäre, so liegt das daran, daß diese Kommission, gebunden durch früher eingegangene Verpflichtungen, die durch zu weitgehende Streikunterstützung verursacht wurden, sich noch nicht über eine bestimmte Grenze hinaus bewegen kann, bevor diese Verpflichtungen erfüllt sind. Immerhin sind Anfänge der Statistik gemacht und auch auf dem Gebiete der Agitation ist schon manches geleistet worden.

Die Nothwendigkeit und Nützlichkeit einer Zentralfstelle für gewerkschaftliche Angelegenheiten wird heute unumwunden von allen größeren Gewerkschaftsorganisationen anerkannt und wird sich dieses Institut somit unter der Beihilfe der Organisationen zu einem für die Arbeiterbewegung äußerst nützlichen entwickeln.

Ueber die Wirkung, die eine nähere Verbindung der verwandten Berufsorganisationen erzeugen muß, ist schon vor dem Stattfinden des Halberstädter Kongresses gesprochen worden. Während damals jedoch in Aussicht genommen war, daß diese Verbindung eine feste Gliederung in Form einer, die verwandten Berufsorganisationen umfassenden Union erhalten würde, hat sich der Kongress zunächst dafür ausgesprochen, daß nur eine Annäherung der Berufe durch die Kartellverträge erfolgen soll. Im Grunde genommen wird aber durch den Abschluß von Kartellverträgen genau dasselbe erreicht werden, wie durch die Unionsbildung. Der Unterschied liegt nur darin, daß bei den Kartellverträgen den einzelnen Organisationen ein größerer Spielraum ge- lassen wird, als dies bei der Bildung der Unionen der Fall wäre. Ferner wird hier nicht noch eine besondere Körper- schaft, die ausführende Gewalt hat, eingesetzt, sondern es wird die Leitung des Kartells mehr den Charakter einer Verwaltung tragen, und bleibt die ausführende Gewalt noch wie vor in Händen der einzelnen Kartelleitungen. Wenn dies vielleicht die Organisation zu einem schnelleren und ersten Handeln auch nicht in dem Maße befähigen wird, wie dies bei der Union der Fall sein würde, so fällt doch deren äußerst komplizierte Verwaltung fort. Die weitere Entwicklung wird von selbst entweder zur Unionirung der verwandten Berufsorganisationen oder zur Begründung von Industrieverbänden führen. Da von den einzelnen Organi- sationen, wie wir gesehen haben, mit regem Eifer daran gearbeitet wird, die Beschlüsse des Halberstädter Kongresses zur Durchführung zu bringen, so können wir versichert sein, daß eine Stärkung der Gewerkschaftsorganisation baldigst eintreten würde. Diese ist aber unter allen Umständen nöthig, weil nur durch starke gewerkschaftliche Organisationen die Arbeitseinstellungen vermieden werden. Durch die Streiks werden Unternehmer wie Arbeiter gleich geschädigt und wäre es daher nur wünschenswert, wenn sie möglichst beschränkt würden. Dies wird aber nur geschehen, wenn die Organisationen von dem Unternehmertum anerkannt werden. Sie müssen, da der einzelne Arbeiter bei dem Ab- schluß des Arbeitsvertrages nahezu einflusslos ist, das öko- nomische Uebergewicht des Unternehmers paralytisiren.

Nach den Erfahrungen, welche die Arbeiter mit den Unternehmern nach dieser Richtung hin gemacht haben und täglich machen, sowie nach der Entwicklung der gewerk- schaftlichen Organisationen in anderen Ländern, läßt sich aber mit Sicherheit behaupten, daß die Unternehmer nicht geneigt sein werden, freiwillig die Organisationen als Kon- trahenten bei Festsetzung des Arbeitsvertrages anzunehmen. Es muß diese Anerkennung von den Organisationen erst er- ringen werden. So drehen sich thatsächlich auch die meisten wirtschaftlichen Kämpfe um die Anerkennung der Organisation. Ist diese erreicht, so werden fortgesetzt die

### Ein Gesellschaftsretter.

Zeitgemäße Geschichte von H. Otto-Walcker.

So schön war es freilich bei ihm nicht. (Nachdruck verboten.)  
Er fand ein geräumiges Vorzimmer und dann das Bureau mit weißen Tapeten, mit glänzend neuen Tischen, Stühlen und Spiegeln, mit praktischen Aufbewahrungshelmen für Schriften aller Art, eine kleine Bibliothek mit den Geschäftsbüchern, mit einem Kon- versationslexikon, Karten, Post- und Reisehandbüchern, Fahr- plänen, Vortragszetteln, Preislisten — das Alles gab's bei ihm freilich nicht.

Was aber Herr Obenaus bei alledem am Meisten in Erfahrung setzte, das war sein ehemaliger Schreiber Friedrich Sonntag, im schwarzen Frack mit untadelig weißer Wäsche, wie er am großen Pulte, an dessen anderer Niedrung ein Schreiber saß, thronete.

Und mit der Würde und dem kalten Anstande eines Bureauvorstandes bewegte sich auch Sonntag, als er seinem Besuche mit den Worten entgegentrat:

„Ah, Sie, Herr Obenaus, was verschafft uns das Ver- gnügen?“

Dieses „uns“ schmetterte den würdigen Herrn förmlich wieder. Sonntag's Kaschichten stiegen beinahe um 10 Thaler monatlich.

„Ach Sie, Herr Sonntag? Das überrascht mich sehr, recht sehr. Oh, hm, ich hatte etwas Vertrauliches...“

„Bitte, Herr Obenaus, treten Sie gefälligst hier herein.“

Sonntag öffnete dem ganz bestürzten Gesellschaftsretter eine Seitenthür und ließ ihn in ein kleines Seitenzimmer treten, welches sogar ein schwellendes Sopha neben dem großen Schreibtisch enthielt.

Als Herr Obenaus auf diesem Sopha und Friedrich Sonntag auf einem gepolsterten Drehstuhl vorm Schreibtisch Platz genommen, begann Ersterer nach einem kleinen Husten der Belegenheit:

„Wir sind unerhört schnell aneinander gekommen, Herr Sonntag, ich dachte nicht im Entferntesten an die Möglich-

keit; der Beweis ist, daß ich noch heute keinen Ersatz für Sie habe. Ich handelte im Interesse unserer gemeindlichen Ordnung, ich hoffte, Sie würden sich nach und nach auch der Erkenntniß nicht verschließen. Ich wollte Ihnen schon längst nicht bloß die vollen 20 Thaler, sondern noch mehr, 30, ja, wenn Sie sich gut hielten, sogar bis 40 Thaler geben, und das Alles wollten Sie sich mit einem Male verweigern?“

„Es ist mir sehr lieb, Herr Obenaus, daß Sie mir nachträglich eine höhere Werthschätzung Ihrerseits zugestehen, als ich sie während meiner Stellung bei Ihnen erwarten konnte. Trotzdem habe ich nichts verloren, denn man würdigt mich hier höher, indem man mir nicht 20, 30 oder 40 Thaler in Aussicht stellt, sondern in Wirklichkeit 80 Thaler monatlich zahlt.“

„80 Thaler monatlich? Nein das ist unerhört, das ist schon mehr Spitz... hm, hm, nein wirklich, hm, aber denken Sie denn, daß das Bestand haben kann?“

„Das weiß ich allerdings nicht, ich kenne die Verhält- nisse so genau noch nicht, aber jedenfalls habe ich jetzt reichlich viermal mehr, als ich bei Ihnen hatte, und da kann ich wirklich einmal Ihre stetige Ermahnung zum Sparen praktisch befolgen.“

Herr Obenaus merkte den Stich so halb und halb, fuhr aber dennoch fort:

„80 Thaler monatlich? Nein, das ist wirklich uner- hörst, und deshalb steck jedenfalls etwas dahinter. Unser boshafter Konkurrent will Sie wahrscheinlich nur zunächst gegen mich verbrauchen, und wenn ihm dies gelungen, wirft er Sie weg.“

„Nun, das kann ja sein, da würde nur das nochmals passieren, was mir schon einmal bei Ihnen passirte. Jeden- falls bezahlt er mich inzwischen weit besser, als Sie, und ich kann leichter von 80 Thalern etwas zurücklegen, als von 19 Thalern 15 Groschen monatlich.“

„Sie sind auf einem ungeheuren Wege, Herr Sonntag; Bescheidenheit und Genügsamkeit sind bessere Wege zum Glück.“

„Sie sagten mir oft, Herr Obenaus, daß man am Vermögen und Einkommen mit Recht den staatswürdigen Menschen erkennt, daß das Vermögen Jedermann den richtigen Stempel der Zuverlässigkeit und Solidität aufdrückt. Bei Ihrem Gehalte konnte ich zu diesem Stempel nicht gelangen, und da Sie mir nun auch gesagt hatten, daß selbst sehr befähigte Leute, wenn sie nichts vor sich bringen, nicht vertrauenswürdig sind, weil Ihnen die wirtschaftliche Seite fehlt, so habe ich mich von Ihnen weg und auf die wirtschaftliche Seite gelegt.“

Herr Obenaus war kein dummer Mensch in geschäft- licher Beurtheilung. Er überlegte sich, daß durch diese Filial- expedition einer weit verzweigteren Agentur ihm alle besseren Geschäfte weggenommen werden würden, so daß er nur die „faulen“ behielt, welche viel Geld kosten und nichts ein- bringen. Er stellte sich's klar vor, daß man Friedrich Sonntag, als den einzigen Mann, der schnell die Filiale heben und ihn selbst mit seinem Bureau vernichten könnte, zu diesem Zwecke zeitweilig so hoch bezahlte. Sollte er da nicht mit dem ganzen Gewichte seines Kapitals dagegen auf- treten, um diesen frechen Versuch niederzuschmettern, der darauf gerichtet war, nicht nur sein Bureau, sondern damit zugleich seine ganze soziale Stellung im Städtchen, dessen hervorragendster Geschäftsmann er bis jetzt gewesen, zu untergraben? O, Herr Obenaus durchschaute alles klug, und er sagte sich, daß, wenn er dem Gardelieutenant alles wahr- scheinlich auf Nummerwiederkehr so 1200 Thaler auf einmal hingeben konnte oder mußte, daß er da noch einen viel höheren und praktischeren Erfolg erzielen könnte, wenn er den Konkurrenten, vorausgesetzt, so lange es nöthig war, überböte. Und darum nahm er den väterlichsten Ton, der ihm möglich war, an und sagte:

„Ihnen selbst, Herr Sonntag, traue ich jodiel An- hänglichkeit an ihre dreijährige Stellung zu, daß ich glaube, Sie würden unter Umständen lieber bei mir bleiben.“

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsbedingungen in Bezug auf Lohnhöhe und Dauer der Arbeitszeit den jeweiligen Verhältnissen angepaßt werden zweifellos ist, daß das kleine Unternehmertum und das Kleinhandwerk diesem Gange der Entwicklung nicht folgen wird und auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig bleiben können wird. Es werden also die Kämpfe oder Vereinbarungen wesentlich zur Konzentration des Kapitals beitragen.

Es darf hier nicht versäumt werden darauf hinzuweisen, daß die den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter nicht ihr ganzes Heil in diesen suchen, sondern daß sie parallel mit der Tätigkeit in denselben auch diejenige auf politischem Gebiete sich denken und sie ausüben.

In diesen Ausführungen ist nur die rein materielle Seite der gewerkschaftlichen Tätigkeit und besonders die des Lohnkampfes hervorgehoben. Ideell und kulturell ist die Tätigkeit der Gewerkschaften und die Wirkung einer Arbeitseinstellung nicht zum mindesten geringer. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind gleichsam als eine Schule der Arbeiter zu betrachten und jede Stärkung der Organisation muß diese erzieherische Wirksamkeit erhöhen. Der Lohnkampf aber erzeugt und stärkt die Eigenschaften, welche dem Arbeiter eigen sein müssen, um ihn zu befähigen, eine Umgestaltung des heutigen Produktionsprozesses herbeiführen zu können. So werden die Gewerkschaftsorganisationen, die ausschließlich nur zu dem Zwecke gebildet worden sind, um dem Arbeiter bessere Existenzbedingungen zu verschaffen, gleichzeitig zu einer Schule und Bildungsstätte des Proletariats. Wird durch die in Halberstadt erfolgte Verständigung die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften gehoben, so ist dies gleichbedeutend mit der Hebung der sittlichen Auffassung der Arbeiterklasse.

**C. Legien.**

**Bericht meiner Agitationsreise nach Süddeutschland.**

Von Paul Hilpert.  
II.

Den 10. November war bereits in München eine Brauerverammlung einberufen, zu welcher ich als Referent aufgestellt war. Als ich den 10. November Nachmittags in München eintraf, informierte ich mich noch so viel wie möglich über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den dortigen Brauereien. Das, was mir von verschiedenen Seiten gesagt wurde, war gerade nicht sehr geeignet, mich besonders für die dortigen Verhältnisse zu begeistern, hauptsächlich fiel mir das Kommandantur ganz junger Leute aus der Provinz von Seiten der dortigen Gastwirthe auf und kam mir fast die Uebersetzung dabei, als ob die Brauereien derartige Kommandanturen garnicht zuzulassen sehen, jedenfalls aus dem Grunde, weil ein großer Theil der jungen Leute von 16 Jahren an, erst vom Lande kommt und noch wenig Ahnung vom Braufach besitzt, in Folge dessen die Herren Braumeister und sonstigen Vorgesetzten mit denselben machen, was sie wollen, und dabei recht billige Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Die Versammlung, die Abends halb 9 Uhr eröffnet wurde, war ja ziemlich besucht, jedoch für eine Vierstadt wie München, wo jetzt 1500 Brauergesellen arbeiten, sind wohl 200 bis 250 Mann in einer Versammlung als eine äußerst schwache Beteiligung anzusehen. In der Versammlung habe ich den anwesenden Kollegen in einer fünfviertelständigen Rede vorgelegt, wie in Norddeutschland zum größten Theil die Verhältnisse zum Vortheil der Brauergesellen gegen Süddeutschland liegen, auch habe ich erläutert, daß wir nicht durch unsere Kraft allein, sondern nur einzig dadurch, daß wir uns organisiren, den anderen organisirten Gewerkschaften voll und ganz angeschlossen und uns mit denselben solidarisch erklärt haben, das erreichen konnten, was wir erreicht haben. Auch habe ich bei der Versammlung die feste Uebersetzung gewonnen, daß auch die Münchener Gewerkschaften sofort bereit sind, sobald sie sehen, daß die Brauer sich ihnen anschließen würden, denselben mit Rath und That zur Seite zu stehen, denn die Ausführungen der anwesenden Vertreter der Gewerkschaften waren derartig aufmunternde, daß man den Münchener Kollegen nur Glück zu solcher Unterstützung wünschen kann und hoffen will, daß es auch noch und nach immer mehr bei ihnen dämmern möge, daß nicht von Seiten des Kapitals für die Erriingung besserer Verhältnisse der Arbeiterklasse gewirkt wird, sondern dasselbe bei jeder Gelegenheit nur darauf bedacht ist, seine Millionen zu vermehren, unbekümmert darum, ob der Arbeiter nur sein dürftiges Auskommen hat und in seinem kräftigsten Lebensalter zu Grunde geht oder nicht. Zu bedauern ist es recht, daß norddeutsche Kollegen in München in sehr seltenen Fällen Arbeit erhalten, und wenn es wirklich der Fall ist, werden sie, sobald sie anklarend wirken wollen, einfach wieder entlassen, sogar solche, die nur einige Zeit in Norddeutschland gearbeitet haben. Etwas habe ich hierbei noch zu erwähnen, daß in der Versammlung auf Anregung eine Kommission von 5 Mann gewählt wurde, die bei vorkommenden Differenzen mit den Brauereien zur Schlichtung derselben in Verbindung treten sollen, auch schienen mir die gewählten Kollegen von dem Ernst der Sache voll und ganz durchdrungen zu sein; nun, viel Glück zum Anfang. Auch in München habe ich die Uebersetzung gewonnen, daß dort eine gute sachgemäße Agitation fehlt: auch dort würden sich Kräfte finden, die eine gegründete Organisation in die Hand nehmen und immer mehr kräftigen könnten, nur fehlt dort noch die nöthige Aufklärung.

**Korrespondenzen.**

**Fürth.** Die Untersuchung, welche das aus den Brauereibesitzern und dem Arbeiterausschuß gebildete Schiedsgericht über die Entlassung der Arbeiter der Ewora'schen Brauerei angestellt hat, lieferte dasselbe Ergebnis, wie die von den Arbeitern vorgenommene Untersuchung und wie jede unparteiische Untersuchung ergeben

wird. Das Schiedsgericht bestand aus vier Brauereibesitzern und dem aus vier Personen zusammengesetzten Arbeiterausschuß. Den Vorsitz führte Freiherr von Tucher. Benommen wurden die fünf entlassenen Arbeiter, Herr Ewora, sein Braumeister Haas und verschiedene Jungen und Sachverständige. Alle vernommenen Zeugen und Sachverständige sagten aus, daß von einer böswilligen Schädigung des Herrn Ewora Seitens der entlassenen Arbeiter keine Rede sein kann, auch der Braumeister Haas konnte keine bestimmten Angaben machen, nur brachte er die schon in der Volksversammlung beachtete Anschuldigung vor, daß die Arbeiter, wenn er sich gezeigt, zu verschiedenen Malen „Pst Pst“ und einmal „Hochwasser“ gerufen hätten. Das wurde von allen Seiten als belanglos bezeichnet und dem Herrn Braumeister klar gemacht, daß der Ruf „Hochwasser“ eine technische Bedeutung hat und dann erfolgt, wenn die Pumpen eingeschalt werden müssen. Herr Ewora jagte das selbe, was er in der Volksversammlung gesagt hat. Die oblige Unschuld der Arbeiter ist also vor einem Forum festgesetzt, welches auch für Herrn Ewora eine autoritative Bedeutung hat. Besitzt der Mann nur einen Funken Selbstachtungsfähigkeit, so muß er die entlassenen Arbeiter sofort wieder einstellen oder sie ausreichend entschädigen. Die dem Spruch des Schiedsgerichts unterstellte Frage: Sind die Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen worden, wurde mit sieben gegen eine Stimme verurteilt. Daß die Maßregelung nicht bewiesen werden kann, ist ja sehr erklärlich; sie ergiebt sich von selbst, wenn man beachtet, daß die Entlassung wegen böswilliger Schädigung der Geschäftsinhaber erfolgte, wüßte aber nicht der geringste Beweis erbracht werden konnte. Das Resultat aller bis jetzt in dieser Angelegenheit angestellten Untersuchungen lautet übereinstimmend, daß die Arbeiter zu Unrecht entlassen wurden, ja noch mehr: daß man ihnen ungerechtfertigter Weise ein strafbares Vergehen untergeschoben hat. Ob Herr Ewora von Anfang an wußte, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen, wollen wir dahingestellt sein lassen. Gesagt wurde es ihm von seinen Arbeitern, gesagt wurde es ihm von der Untersuchungskommission der Gewerkschaften, gesagt wurde es ihm von der Volksversammlung, gesagt wurde es ihm von dem Schiedsgericht, dem er sich von Anfang an unterstellen wollte. Wird Herr Ewora nun den von ihm entlassenen Kumpfen einstellen? Wir glauben es kaum! Ewora hat seine Privatangelegenheiten zur Parteisache gemacht, er will die Bürgerchaft gegen die Arbeiter, die Unternehmerverbände gegen die Arbeiterorganisationen, die Volkspartei gegen die Sozialdemokratie setzen. Wenn Herr Ewora bis jetzt bei der Volkspartei und den Handwerkern Unterstützung gefunden hat, so kann man das damit entschuldigen, daß diese Faktoren im guten Glauben gehandelt haben, daß eine für sie maßgebende Untersuchung noch nicht stattgefunden hatte. Dieser Grund fällt jetzt weg, wir wollen sehen, was sie nunmehr machen.

**Braunschweig.** Protokoll der am Freitag, den 2. Dezember, stattgehabten Monatsversammlung. Nach Erledigung der beiden ersten Punkte der Tagesordnung, „Eingehung der Monatsbeiträge“ und „Aufnahme neuer Mitglieder“ ertheilte der stellvertretende Vorsitzende dem Kollegen Müller das Wort zu einem Vortrag über den Zweck und Nutzen der Organisation. Im Eingang der Rede schildert derselbe, wie nicht nur die Arbeitnehmer beschränkt sind, sich zu organisiren, sondern daß auch die Herren Kapitalisten schon lange daran gedacht haben, in den einzelnen Branchen sich zu vereinigen oder sogenannte Kartells zu bilden, wie das besonders in England und in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika der Fall ist. Eben so sind ja unsere großen Aktien-Gesellschaften im Grunde genommen etwas Aehnliches, wenn auch in anderer Gestalt. Die Motive aber, durch welche die Herren dazu verleitet worden sind, sind noch ganz andre als die, welche die Arbeiter zur Organisation zwingen. Einem Arbeiter wird es schwer verdacht, wenn er durch seine Organisation ein besseres, menschenwürdiges Dasein zu erringen strebt, aber wenn die Herren Kapitalisten von Geldgier und Gewinnjucht getrieben werden, durch Konzentration des Kapitals den nur denkbar größten Gewinn zu erzielen und jeder Konkurrenz die Spitze bieten zu können, so nennt man das ganz anders. Dafür hat man höchstens das schöne Wörtchen „Unternehmensgeist“. Ob aber dadurch der Ruin vieler kleinen, weniger kräftigen Existenzen hervorgerufen wird, darauf wird keine Rücksicht genommen. Im Weiteren führt der Redner aus, wie unser Verband, der bis 1891 unter der bewährten Leitung des Kollegen Pennsdorf stand, in ein anderes Fahrwasser gelangte, indem die Brauer doch allgemach zu der Einsicht gelangten, daß auf dem so sehr gepriesenen Wege der friedlichen Eintracht mit den Herren Arbeitgebern doch nichts zu erreichen sei, und daß Kapital und Arbeit sich schroffer gegenübersehen, als Feuer und Wasser. Daß der Weg, den wir jetzt eingeschlagen haben, der einzig richtige ist, ersehen wir daraus, daß in Gegenden, wo noch keine Organisation ist, noch 12—16 stündige Arbeitszeit bei geringen Löhnen herrscht, während wir uns mit Hilfe der Organisation eine solche von 10 Stunden errungen haben. Zu bedauern ist es, daß so viele noch immer ihr Glück anderwärts suchen, und ihnen mögen die Worte als Mahnruf gelten:

Daß Ihr geknechtet, Eure Freiheit seid beraubt, Das zwingt der Hunger viele zu ertragen, Doch daß Ihr selbst Euch Euer Recht und Würde raubt als Mensch, Das muß ich sehr beklagen.

Am Schluß forderte der Redner auf, durch fleißige Agitation unsere Organisation nach außen zu erweitern, sie nach innen aber immer mehr zu kräftigen und fester zusammenzufügen suchen, denn: „Geschlossen sind wir alles, vereinzelt sind wir nichts“. Nachdem Kollege Müller, Hannover, diese Rede in einigen Punkten ergänzt hatte, wurde zum 4. Punkt der Tagesordnung übergegangen: „Wahl eines Vorstandes“. Wenn die Verhältnisse hier in Braunschweig weniger bekannt sind, der konnte sich wundern, daß

sich über diesen Punkt eine so lebhafte, sogar erregte Debatte entspinnen konnte. Andererseits ist ja gerade dieser Punkt der wichtigsten einer, die je auf der Tagesordnung stehen können. Im Laufe der Debatte wurde folgende Resolution eingereicht und auch einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung erklärt hiermit, für den neugewählten Vorsitzenden, der in der am 2. Dezember 1892 stattgehabten Versammlung gewählt wurde, bei etwaiger Maßregelung voll und ganz einzutreten.“

Nachdem verschiedene Kollegen vorgeschlagen waren, wurde Ulrich zum ersten und Müller zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Hierauf gelangte der letzte Punkt der Tagesordnung „Vereinsangelegenheiten“ zur Erledigung und zwar wurde die Angelegenheit des nächst abzuhaltenden Vergütigen besprochen. Es wurde beschlossen, von einem Ball oder größerem Vergütigen abzusehen und wie bisher ein Kränzchen zu veranstalten. Die Wahl des Lokals wurde dem Vorstand überlassen. Der Vorsitzende schließt hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

— Da die hiesigen Brauereien die seinerzeit in einer Volksversammlung gewählte Kommission abschlässig beschieden haben, so sollte in einer am Sonntag, d. 27. v. M., im Obden stattfindenden Volksversammlung ersichtlich entschrieben werden, wie unsere Angelegenheit zum Ende gelangt. Es wurde von Seiten dieser Versammlung folgender Beschluß gefaßt: Die heutige Versammlung beschließt, von einem Bohlott abzusehen. Sollten jedoch Entlassungen von organisirten Arbeitern stattfinden, so soll die Generalkommission davon in Kenntniß gesetzt werden, um Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Die Kommission, welche wegen Wiedererrichtung des Vorsitzenden Richter mit der Nationalbrauerei verhandelt hat, ist gleichfalls abgewiesen worden. Möchten doch die Braunschweiger und auch alle anderen Kollegen sich durch solche Vorkommnisse bewegen lassen, sich immer fester und inniger zur Organisation zu vereinigen, um künftig mit vereinten Kräften gegen etwaige Ausfälle des Kapitals mit Erfolg vorgehen zu können.

**Hamburg.** Protokoll der am Sonntag, den 4. Dezember, abgehaltenen Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins. Tagesordnung: 1. Wahlen. 2. Abrechnung von der Ausfahrt. 3. Vorlage der neuen Statuten betreffs Reorganisation des Hamburger Gewerkschafts-Kartells und Stellungnahme dazu. 4. Bericht über den Zustand und Regelung des Arbeitsnachweises. Um 3 Uhr eröffnete Kollege Klein die Versammlung. Ehe zur Tagesordnung übergegangen wurde, stellte Kollege Klein den Antrag, daß diejenigen Kollegen, die nach der Aussparung aus dem Zweigverein ausgetreten seien, im Falle des Wiedereintritts ein Eintrittsgeld von 12 Mk. zahlen hätten, was einstimmig angenommen wurde. 1. Punkt, Wahlen: gewählt wurde zum 1. Vorsitzenden Klein, zum 2. Volkart; zum 1. Kassierer Appel, zum 2. Dessner; zum 1. Schriftführer Friedrich, zum 2. Wähler; zu Revisoren Paul und Schreff; in die Lohnkommission Volkart, Appel, Klein; zu Delegirten des Gewerkschaftskartells Klein und Appel; zur Regelung des Arbeitsnachweises Appel, Klein, Volkart, Schreff und Weinberger. 2. Punkt ergab ein Defizit von 61,90 Mk., welches für richtig befunden wurde. Punkt 3: Nach Verlesung der neuen Statuten durch Kollege Appel stimmten Alle dem Antrag Klein, die Karenzzeit von 4 auf 2 Wochen festzusetzen, bei. Punkt 4: Nachdem Kollege Appel eingehend über den Zustand und Regelung des Arbeitsnachweises berichtet, wurde beschlossen, daß die 300 Sammelbogen, die noch rückständig, eingefordert werden, das überschüssige Geld aber, nach Deckung des Defizits, zur Verteilung an die arbeitslosen Brauer gelangen soll. Schluß der Versammlung 4 1/2 Uhr.

**Leipzig.** Eine stark besuchte Mitgliederversammlung des Fachvereins der Brauergehilfen von Leipzig und Umgegend fand am 4. Dezember im Restaurant „Volkshallen“ hier statt und wurde von Kollege Bauer 2 1/2 Uhr Nachmittags eröffnet. Zum Thema: „Zweck und Nutzen eines Arbeitsnachweises“ wurde Kollege Hilpert aus Berlin das Wort ertheilt. Das Referat erstreckte sich zunächst auf den Arbeitsnachweis im Allgemeinen und detaillirte dann, wie durch ein derartiges Institut Vortheile erzielt werden können, wie sich in vielen Großstädten Deutschlands und Amerikas durch einen Arbeitsnachweis die Verhältnisse, zumal der älteren verheiratheten Kollegen gebessert haben. Der Referent hob hauptsächlich hervor, daß in Berlin die dortigen Kollegen Dank des geregelten Arbeitsnachweises ein menschenwürdiges Dasein zu führen im Stande wären. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im Schlußworte bedauerte Kollege Hilpert die mißlichen Verhältnisse, welche in Leipzig die Oberhand haben, er beleuchtete die Schattenseiten der allgemeinen Behandlung von Seiten der Vorgesetzten, das Schließen in den Brauereien, sowie die „Humanität“ der Arbeitgeber. Kollege Wünsch, früher bei Riebel u. Comp. in Arbeit, führte an, daß in gedachter Brauerei einem jüngeren Kollegen von einem dortigen Vorderburschen wegen eines geringfügigen Verfehlers in der Arbeit die Wahl gelassen wurde, entweder die Arbeit aufzugeben oder ein paar Dörbseigen entgegen zu nehmen. Der junge Mann zog die Züchtigung der Entlassung vor, der betreffende Vorderbursche geärrte sich natürlich nicht, und hieb dem Mißthäter ein paar kräftige Dörbseigen herunter. Bei derartigen Uebelständen rühten sich die meisten Kollegen bei Riebel u. Comp. hier sehr wohl, indem sich der und jener schon aussprach: „Was wollen wir weiter haben, uns geht es gut, wir bekommen, was wir brauchen.“ — Jedoch steht dieser Fall nicht einzeln da, es hat sich z. B. der jetzige Obermälzer der Aktien-Brauerei Leipzig-Gohlis ebenfalls zu einer derartigen Handlungsweise hinreißten lassen. Letzteres fällt noch mehr ins Gewicht, da gedachter Obermälzer Vorstand des hiesigen Lokals-Vereins der Brauer ist. Nachdem Referent Hilpert zum Festhalten an der Organisation ermahnt, verpflichtete sich die Versammlung, das Bestreben des hiesigen

Fachvereins der Brauergesellen zu jeder Zeit zu unterstützen und fördern zu helfen. Sodann erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Wahingen.** Am Abend des 5. Dezember hatten sich die Kollegen der Brauerei Reich zur Abschiedsfest der Kollegen Reule vereinigt. Derselbe hat sich während seines Aufenthalts in Stuttgart die Achtung aller Kollegen erworben. Reule erwähnte in kurzen Worten nochmals die Bewegung der Brauer von Stuttgart und Umgebung, hervorhebend, daß es nun Pflicht aller Kollegen sei, durch inniges und festes Zusammenhalten sich das Erungene zu erhalten, und schloß mit einem Hoch auf unseren Zentralverband. Auch versprachen die Anwesenden, den gemäßigtesten Kollegen Zinser in seinem neuen Erwerbsszweig zu unterstützen. Nachdem dann eine heitere, ungezwungene Stimmung Platz gegriffen, verließ die Unterhaltung nur zu schnell. Die Kollegen begleiteten Reule zum Bahnhof und nahmen von ihm Abschied mit der Versicherung, treue Mitglieder des Verbandes bleiben zu wollen.

**Dortmund.** Mit welcher Brutalität man hier von Seiten der Braumeister gegen die Verbandsmitglieder vorgeht, spottet oft jeder Beschreibung. Der Braumeister der Ritterbrauerei, Herr Steinweg, entließ kürzlich einen Kollegen, weil er sich Sonntags mit dem Oberburschen zusammen die Zeit mit Scheibenschützen vertrieb. Er motivierte die Entlassung damit, daß er ihn schon längst habe entlassen wollen, er sei der Hauptkerl gewesen, er habe die sozialdemokratische Zeitung vertheilt. Und bei Einstellung eines Barischen fragte Herr Steinweg: „Sind Sie im Verband, dann stelle ich Sie nicht ein oder Sie treten aus“. Was würde der Herr Braumeister wohl sagen, wenn er sich um eine Stelle bewirbt und es würde ihm von Seiten des Direktors gesagt: „Sind Sie im Braumeister-Verein, dann bekommen Sie die Stelle nicht.“ Er würde es als eine Verletzung seines heiligen Rechtes betrachten. Und verlegt er nicht jetzt unser uns gesetzlich garantiertes Recht? Fragen wir, was die Herren Braumeister in ihrem Verein treiben! Haben sie nicht ihre Vereinigung dazu, um ihre Interessen zu wahren? Und den Brauern verwehren sie dies, ächten alle die, welche von demselben Recht Gebrauch machen, wie sie es thun? Diejenigen Braumeister, welche so unsere freie Meinung zu unterdrücken suchen, werden die Erfahrung machen, daß ihre Mühe trotzdem umsonst ist. Was haben wir verbroschen, um einem Verbrecher gleich von Ort zu Ort gehetzt zu werden? Will man uns so tarieren, so täuschen sich die Herren gewaltig. Wir werden Apostel und werben neue Kämpfer in den Drien, wo unser Ruf noch nicht hindrang. Auch in Dortmund wird es wieder besser werden, und herant heute schon ein Theil jener Kollegen, welche für einen Judaslohn ihr heiligstes Recht veräußerten, was sie damals gethan. Wir schauen muthig in die Zukunft, weil wir wissen, daß wir trotz aller Maßregelungen doch vorwärts kommen.

**Vermischte Nachrichten.**

**Kapital und Arbeit.** Die Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vormals Pagenhofer, Berlin, erzielte p-o 1891/92 einen Gewinn von 1 496 626 Mk., bei einem Aktienkapital von 2 730 000 Mk., gleich 55 Prozent des Ersteren. Die Aktionäre erhalten 16 Proz. Dividende. — An Lantienmen an Direktoren und Aufsichtsrath werden vertheilt rund 55 000 Mk. Die Arbeitslöhne sind aus der Bilanz nicht genau erkennbar, da in diesem Titel Löhne, Reparaturen, Brennmaterial, Gas, Wasser, Miete u. s. w. enthalten sind. Daß die Löhne nicht getrennt angegeben werden, ist bedauerlich. Der ganze Titel beträgt 646 727 Mk. Zieht man für die letzten fünf Posten auch nur 46 727 Mk. ab, was natürlich zu

wenig ist, so verbleiben an Arbeitslöhnen 600 000 Mk. Das macht nur 40 Proz. des Gewinnes. Die Lantienmen betragen fast 10 Proz. der Löhne. Das Kapital erhält dagegen unter den Titeln Abschreibungen, Zinsen, Dividende 597 886 Mk., also ebensoviel wie die Arbeit. —

Die Aussperrung von Brauereiarbeitern der Brauerei Coora u. Mayer in Fürth war seitens dieser Firma angeblich deshalb erfolgt, weil die betreffenden Brauereiarbeiter böswilliger Weise Bier hätten laufen lassen. In der Sitzung eines Schiedsgerichts, das aus 4 Brauereibesitzern und 4 Brauereiarbeitern (dem Arbeiterausschuß) bestand, ist nun, wie die „Frankische Tagespost“ mittheilt, festgestellt worden, daß diese Behauptung Coora's durchaus unwahr ist. Andererseits erklärte das Schiedsgericht mit 7 gegen 1 Stimme, daß die Entlassung der betreffenden Arbeiter nicht deshalb erfolgt wäre, weil diese der Brauereioorganisation angehören.

Der Bierverbrauch in der Brauereigemeinschaft betrug

	Hektoliter	auf den Kopf der Bevölkerung
1874:	20 994 000	66,2
1875:	21 732 000	67,8
1876:	21 095 000	65,1
1877/78:	20 495 000	62,3
1878/79:	20 519 000	61,6
1879/80:	20 095 000	59,6
1881/82:	21 198 000	62,2
1881/82:	21 318 000	62,3
1882/83:	22 214 000	64,2
1883/84:	22 530 000	67,5
1884/85:	24 748 000	70,4
1885/86:	24 479 000	69,0
1886/87:	27 096 000	75,7
1887/88:	28 073 000	77,5
1888/89:	29 540 000	79,9
1889/90:	33 490 000	88,5
1890/91:	33 760 000	87,8

In den übrigen deutschen Staaten betrug der Bierverbrauch in Bayern (1890) 12 332 000 Hektoliter gleich 221,2 Liter auf den Kopf, Württemberg (1890/91) 3 522 000 gleich 173,0 Liter auf den Kopf, Baden (1889/92) 1 688 000 gleich 103,2 Liter auf den Kopf, Elsaß-Lothringen (1890/91) 1 021 090 gleich 63,7 Liter auf den Kopf.

Bayern hat demnach beinahe dreimal so viel getrunken wie Preußen; wenn man dabei in Betracht zieht, daß eigentlich nur ein Drittel der Bevölkerung im Alter des Biertrinkens sich befindet, so kommen durchschnittlich auf jeden bayerischen Trinker 664 Liter jährlich! Eine ganz enorme Leistung!

Trotz alledem ist aber die Trunksucht in Bayern weit weniger verbreitet als in Preußen. Wegen chronischen Alkoholismus und Säuferswahnstimm sind den Krankenhäusern Personen zugewiesen worden in den Jahren

1877	1878	1879	1880	1881	1882	1883	1884	1885
Preußen	2925	2655	3092	2774	2821	3388	5207	7001
Bayern	285	266	253	183	150	191	187	232

In Preußen kam also 1885 ein Fall von Alkoholismus und Säuferswahnstimm auf je 3000 Einwohner, in Bayern einer auf je 17 000. In Bayern, das für das trinkbarste der deutschen Vaterländer gilt, grassirt also der Alkoholismus bei weitem nicht so wie in Preußen, wo er relativ, fast zehnmal so große Verwüstungen anrichtet. Das bayerische Bier ist eben ein Schutzmittel gegen den Schnapsentzug. — Unsere „frommen“ Junker aber mitsamt der Reichsregierung wollen die Biersteuer erhöhen und so der Schnapspest vorarbeiten! Heil Junker dir!

Ueber Brutalitäten des Unternehmertums wird dem „Vorwärts“ aus St. Georgen im Schwarzwald geschrieben: Wir glauben uns hier in der Zeit des Aufnahmegeräts zu befinden. Jede freie Bewegung der Arbeiter wird gewaltsam unterdrückt, jedes freie Wort mit Entlassung bestraft, ganze Familien stürzt man solcherweise in Noth und Elend. In unsern schönen Schwarzwalddörfern genügt schon die bloße Denunziation, Sozialdemokrat zu sein, um brotlos gemacht zu werden. Auch wer nur sozialdemokratische Zeitungen liest, wird in den meisten Geschäften mit Entlassung bestraft oder man macht ihm das Leben denart sauer, daß er selbst die Arbeit niederlegt. Die Unternehmer haben auch Ursache, die Aufklärung der Arbeiter seitens unserer Partei zu fürchten, denn das Soos, was sie ihren Arbeitern bieten, ist nichts weniger als ein angenehmes. Die Arbeitszeit ist meist zwölfstündig, der Lohn (z. B. in der gesundheitschädlichen Email-Industrie sowie in der Uhrfabrikation) ungenügend. Er schwankt in diesen beiden Branchen zwischen 1,80—3 Mk. Will bei solchen Löhnen ein Arbeiter seine Familie einigermaßen ordentlich ernähren — so weit man von ordentlicher Ernährung hier sprechen kann — so ist es ihm kaum vergönnt, Sonntags ein Glas Bier zu trinken. Es ist wünschenswerth, daß der Fabrikinspektor einmal die hiesigen Industrieanlagen einer gründlichen Besichtigung unterzöge; diese lassen zum Theil auch in sanitärer Beziehung zu wünschen übrig.

**Briefkasten.**

**M. S., Hamm.** Es ist dies eine bekannte Moral, die alle Tage vorkommt. Jene haben das große Wort und sind groß und frech. Das derselbe wieder in Arbeit genommen wurde und sich noch nach zwei Tagen der Entlassung in der Brauerei aufhielt, wird wohl noch einen anderen Haken haben. Daß die Kollegialität darunter leidet, ist selbstverständlich. Aber es ist nur wenig dagegen zu machen. Beim Braumeister vorstellig werden? Wir haben kürzlich in Leipzig dasselbe gehabt. Die Kollegen, zehn an der Zahl, sind entlassen worden. Verzeiht es nicht, es wird sich schon einmal Gelegenheit bieten, dagegen Front zu machen. Herzlichen Gruß.

**G. S., Braunschweig.** Thut nicht nöthig. Nur vom letzten Jahre. R. ist in Berlin. Herzl. Gruß.

**R., Dortmund.** Die 320 Mk. empfangen. Hoffentlich ändert es sich auch wieder dort. Gewalt geht eben heute vor Recht.

**S., Schwertin.** Werde daran denken. Vielleicht kann es zu Weihnachten sein. Herzl. Gruß.

**H. M., New-Brunswick, Engl.** Weiß nur die Bergarbeiterzeitung „Glück auf“, Zwickau, und die „Zeitung der deutschen Bergleute“ in Gelsenkirchen. Herzl. Gruß.

Von den Gauvereinen empfohlene

**Brauerverkehr:**

- Braunschweig:** Gasthaus „Bayerischer Hof“, Ch. Everling, Delschlagern 40.
- Dessau:** Gasthaus zur Stadt Braunschweig, E. Schmidt, Leipzigerstraße 24 b.
- Dortmund:** J. Kredel, Hauptbrauerverkehr, Stübengasse.
- Dortmund:** H. Steinbach, Kampffstraße 1.
- Frankfurt a. M.:** Gasthaus zur Krone, H. Wittich, Papageistr. 2.
- Fürth:** Brauerverkehr, Gasthaus zum schwarzen Kreuz, Mittlere Königsstraße.
- Hannau:** Stadt Frankfurt.
- Hannover:** Gasthaus zum neuen Kleeblatt, Knochenhauerstraße 1 (Inhaber: L. Latte.)
- Hamburg:** Paul Meyer, Niedernstraße 96, in der Nähe sämmtlicher Bahnhöfe.
- Hamburg:** Vom Gauverein Hamburg wird der Brauer-Verkehr, Harmonia-Gesellschaftshaus, Hohe Weichen 30, den Kollegen bestens empfohlen.
- Kiel:** Gasthaus Franzen, Steinberg.
- Leipzig:** Hermann Gurach, Windmühlenstraße 40.
- Mannheim-Ludwigshafen:** Gasthaus zum halben Mond, Jakob Zbeilacker.
- München:** Hauptverkehr der Brauer Münchens im Gasthaus zur „Arche Noah“ von Joseph Heib, Knödelstraße 6.
- Mülheim a. Rh.:** Brauer- und Küferverkehr von Heint. Müller.
- Nürnberg:** Brauer-Verkehr des Nürnberger Brauer-Vereins Weißer Elefant, Jakobstraße.

**Inserate.**

Dem von uns geschiedenen Brauermeister **Paul Gerle** fauert wir hiernit für die vielen „Säueren Sternewirthe“, welche er uns in die Mälzerei leitete, unsern besten Dank. Wir hoffen aber auch, daß sein Nachfolger, Kollege **Sailer**, nicht in dieselben Fußstapfen tritt. Im Namen der Barischen der Parkbrauerei Gr. G.: **K. R.**

**Geschäfts-Empfehlung.** Meinen werthen Kollegen erlaube ich mir hiernit die Anzeige zu machen, daß ich am hiesigen Platze eine

**Speise-Wirthschaft** errichtet habe. Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet mit kollegiallichem Grusse

**A. Denaubauer** Hamburg, Schleierstraße Nr. 32.

**Eiszellen** liefert in gediegener Arbeit billigt **F. A. Neuman,** Machen.

**Zahlstelle Dortmund.**

Die Einkassirung der Monatsbeiträge erfolgt jeden ersten Sonntag im Monat bei **Wutke**. Die Mitglieder werden hiermit aufgefordert, möglichst zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann: **H. Wutke**.

**Zahlstelle Dortmund.**

Die Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, behufs einer Besprechung am Sonntag, den 11. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, sich beim Kollegen **Wutke** einzufinden. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Der Vertrauensmann.

Fordere alle diejenigen Kollegen, die noch Verpflichtungen gegen mich haben, auf, denselben so bald wie möglich nachzukommen, andernfalls ich dieselben in Brauerzeitungen veröffentlichen werde. **Leipzig. Central-Brauer-Verkehr, L. Werner, Müngasse 6.**

**Georg Gehrig, Frankfurt a. M.-Sachsenhausen, Wallstraße Nr. 10,** liefert in sämmtliche Brauereien des In- und Auslandes, wie bekannt, nur die besten **Schafwoll-Gardfräse-Soden**, sowie die berühmten **höheren Unterhosen, Schwemmsäden, Normal-Unterhosen, prima gestricke Jagdwesten, Arbeits- und Oberhemden, Kragen und Manschetten** etc. **Selbstanfertigen von Arbeitskleidern aus wasserdichtem Segeltuch.** Bei größeren Aufträgen Extra-Kabatt.

**Haupt-Brauer- u. Küfer-Verkehr für Lothringen** von **Aug. Theobald,** Restauration „Zur Linde“, Große Saalbrückenstr. Metz, Große Saalbrückenstr. Nr. 4.

**Wurst-Versand** in Postfätschen per Nachnahme oder gegen vorherige Einzahlung des Betrages 2 1/2 %.

Servelatwurst	1/2 Kilo	1,20 Mk.
Salamiwurst	1/2 "	1,20 "
Schlackwurst	1/2 "	1,00 "
Mothwurst	1/2 "	1,00 "
Leberwurst	1/2 "	1,00 "
Sülze	1/2 "	1,00 "

Unter geschützter Reichthums- und Reichthums-Verkauf.

**Herrn-Garderobe** jeder Art fertigt sauber und preiswerth unter Garantie des guten Sitzens an **Oskar Lange,** Kleidermacher, Hannover, Gaiuhölzerstraße 56, I.

**Joh. Dohm, Kiel,** Winterbederstraße Nr. 12. Empfehle mich den Herren Brauern bei vorkommendem Bedarf an **Mainzer Wäsche** und **Galanteriewaaren.**

**Bienenhonig!** Naturrein! 1892er Ernte! 9 Pfund netto, postfrei: Schleuderhonig, hell, hart . . . 4,50 Mk. Blumenhonig, extrafrein . . . 4,75 " Delic. Tafelhonig . . . 5,00 " Heller Wabenhonig . . . 5,00 "